



## MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 1. APRIL 2026

### Das politische Ungarn begeht den 15. März

Der ungarische Nationalfeiertag zur Märzrevolution von 1848 wurde wie gewohnt von den traditionellen Festtagsreden der Regierungs- und Oppositionspolitiker begleitet. In diesem Wahljahr richtete sich die Aufmerksamkeit insbesondere auf die beiden Großveranstaltungen der Parteien Fidesz und Tisza. Erstere organisierte den alljährlichen „Friedensmarsch“, wohingegen letztere zum „Nationalen Marsch“ aufrief – beide Lager konnten Schätzungen zufolge zwischen 150.000–200.000 Anhänger mobilisieren. Die zentralen Reden hielten Ministerpräsident Viktor Orbán und sein Herausforderer Péter Magyar.

Die Anhänger des Regierungslagers versammelten sich am Elvis-Presley-Platz und zogen über die Margarethenbrücke zum Kossuth-Platz vor dem ungarischen Parlamentsgebäude. Bei der Veranstaltung des Fidesz gab es in diesem Jahr einige Neuerungen. Die wohl wichtigste war, dass neben Ministerpräsident Viktor Orbán auch der Minister für Außenwirtschaft und Auswärtiges, Péter Szijjártó, sowie der Minister für Verkehr und Bau, János Lázár, eigene Reden hielten. Dies löste sogleich Spekulationen über einen möglichen zukünftigen Nachfolger Orbáns aus. Lázár stellte zwölf dezidierte Punkte auf, die zugleich das Wahlversprechen der Fidesz darstellen:

1. Wohlstand und Normalität – der Vater ist Mann, die Mutter ist steuerfrei
2. Förderung des Wohneigentums für Familien und Erstkäufer
3. Beibehaltung der staatlichen Nebenkostensenkung
4. Gesellschaftliche Solidarität: Jeder, der arbeiten kann, muss arbeiten
5. Rente nach 40 Beitragsjahren für Frauen
6. Beibehaltung der 13. und 14. Monatsrente
7. Grenzschutz und illegale Migration
8. Übergewinnsteuern für multinationale Konzerne
9. Investitionen in den ländlichen Raum
10. Null-Toleranz-Politik bei Drogenkriminalität
11. Kein EU-Beitritt der Ukraine
12. In den letzten Jahren gab es mehr Gutes als Schlechtes

Ministerpräsident Orbán betonte in seiner Rede, dass nur eine Regierungskoalition aus Fidesz und KDNP die Sicherheit des Landes in diesen schwierigen und unsicheren Zeiten gewährleisten könne. Er betonte, dass Ungarn in diesen Krisenzeiten eine erprobte und selbstbewusste Führung brauche, und verwies auf seine politische Erfahrung als dienstältester Ministerpräsident in der Europäischen Union. Dies sei nicht die Zeit für politische Experimente, sondern für Erfahrung und Stabilität; politischer Wandel würde in diesen Zeiten keine Chance, sondern vielmehr ein Risiko darstellen. Auch der seit Ende Januar schwelende Konflikt um den Stopp der Öllieferungen durch die Ukraine kam zur Sprache. Orbán wies entschieden alle

Drohungen und Erpressungsversuche seitens der Ukraine zurück und betonte, dass sich das friedliebende ungarische Volk nicht einschüchtern lasse. Die Ukraine solle nicht den Konflikt mit Ungarn suchen, sondern sich auf den Krieg im Osten konzentrieren. Zugleich stellte er eine Aufhebung des ungarischen Vetos beim 90-Milliarden-Euro-Kredit der EU in Aussicht, sollte die Ukraine die Transitlieferungen wieder aufnehmen. Der Tisza und Péter Magyar warf Orbán vor, sich im Zweifel nicht ausreichend für die Interessen Ungarns einzusetzen und vielmehr dem Druck aus Brüssel oder Kiew nachzugeben. Daher sei die Tisza auch die bevorzugte Partei sowohl Brüssels als auch Kiews. In einer provokanten Zuspitzung rief Orbán der Menge zu, dass sich Ungarn am 12. April entscheiden könne, wer die nächste Regierung stellen soll – Orbán oder Zelensky. Damit Viktor Orbán erneut Ministerpräsident werden und die Fidesz-KDNP-Regierung auch weiterhin die Garantie für Ungarn bleiben könne, brauche es eine große und flächendeckende Mobilisierung der eigenen Wählerschaft. Orbán räumte ein, für den neuerlichen Wahlsieg brauche man mehr Wähler als vor vier Jahren – die damals erreichten drei Millionen Stimmen dürften diesmal nicht die Obergrenze, sondern müssten vielmehr die Untergrenze bilden.

Die Unterstützer der Tisza-Partei sammelten sich am Deák-Ferenc-Platz und zogen zum Heldenplatz. Die Rede Magyars war fast doppelt so lang wie die von Ministerpräsident Viktor Orbán, und der Herausforderer versuchte mit seiner Rede, das Narrativ der nationalen Versöhnung mit der Vorstellung seines Regierungsprogramms zu verbinden. Magyar stellte seine Rede ganz in den Kontext von Freiheit, Systemwechsel und politischem Aufbruch – angelehnt an die Tradition von 1848 – und sah das heutige Ungarn erneut an einem historischen Wendepunkt. Er kritisierte, dass sich Ungarn in ein von Korruption, Machtkonzentration und politischen Abhängigkeiten geprägtes Land gewandelt habe. Diesem düsteren Bild stellte er seine eigene Vision eines gerechteren und transparenteren Staates, eines „demokratischen und europäischen Ungarns“, gegenüber. Magyar stellte in diesem Zusammenhang einige zentrale Versprechen des Wahlprogramms der Partei in den Vordergrund – darunter die Beschaffung von 8.000 Milliarden Forint an EU-Fördermitteln, ein gerechtes Steuersystem, Investitionen in das Gesundheits- und Bildungssystem, Vermögensteuer und Rentenerhöhungen. Anstelle des „von Moskau aus geleiteten“ Amtes für den Schutz der Souveränität kündigte Magyar zudem die Einrichtung des „Amtes für Vermögensrückgewinnung und -schutz“ an, welches die „Verbrechen der letzten 20 Jahre“ aufdecken soll. Orbán, den er als „Möchtegern-Kaiser“ bezeichnete, beschuldigte er zudem, den „KGB-Zaren Putin“ zur Hilfe gerufen zu haben, um den „Freiheitskampf der Ungarn“ wie bereits 1848 und 1956 auch 2026 mit russischer Unterstützung niederschlagen zu lassen. Damit spinnt Magyar das bereits zuvor etablierte Narrativ weiter, dass er die Wahl nur dann verlieren könne, sollte es zu flächendeckendem Wahlbetrug und ausländischer Einmischung kommen. Das Schüren dieses Narrativs könnte unabsehbare Folgen haben, sollte es der Tisza nicht gelingen, sich bei den Wahlen am 12. April durchzusetzen – insbesondere da viele Analysten auch weiterhin ein knappes Ergebnis vorhersagen.

## Abhörskandal um Außenminister Szijjártó

Der Abhörskandal um Ungarns Außenminister Péter Szijjártó sorgt derzeit für erhebliche politische Spannungen, sowohl innerhalb Ungarns als auch auf europäischer Ebene. Ausgangspunkt der Debatte sind Berichte über Kontakte zwischen dem ungarischen Außenminister und seinem russischen Amtskollegen Sergei Lawrow sowie der Verdacht, dass Informationen aus EU-Gesprächen weitergegeben worden sein könnten. Kritiker sehen darin einen Vertrauensbruch innerhalb der Europäischen Union. Allerdings verweist die ungarische Regierung darauf, dass Gespräche mit unterschiedlichen internationalen Partnern – auch mit Russland – zum normalen diplomatischen Alltag gehören. Gerade Staaten mit energiepolitischen oder wirtschaftlichen Interessen in verschiedenen Regionen sind darauf angewiesen, mit allen relevanten Akteuren im Austausch zu bleiben. In diesem Zusammenhang argumentiert Außenminister Szijjártó, dass seine Kontakte zu Russland weder ungewöhnlich noch regelwidrig seien, sondern vielmehr Teil einer pragmatischen Außenpolitik. Auch andere Länder pflegen – teils diskret – weiterhin diplomatische Beziehungen zu Moskau, selbst in Zeiten politischer Spannungen. Vor diesem Hintergrund empfinde er die gesonderte Fokussierung auf Ungarn als selektiv.

Der zweite Aspekt der Affäre ist die Abhöraktion gegen Szijjártó selbst, die diesen Austausch überhaupt erst ans Licht gebracht hat. Dem Investigativjournalisten Szabolcs Panyi wird vorgeworfen, die Telefonnummern des Außenministers an eine ausländische (europäische) Sicherheitsbehörde weitergegeben zu haben. Basis der Anschuldigungen ist eine anonyme E-Mail, die der ungarischen Wochenzeitung Mandiner zugespielt wurde. Sollte sich dieser Vorwurf bestätigen, würde dies laut der ungarischen Regierung eine erhebliche Grenzüberschreitung darstellen – insbesondere mit Blick auf die nationalen Sicherheitsinteressen. Denn die gezielte Weitergabe von Telefonnummern eines amtierenden Außenministers könnte es ausländischen Akteuren ermöglicht haben, direkte Kommunikationskanäle eines hochrangigen Regierungsmitglieds zu überwachen. Es werden jedoch auch Argumente angeführt, dass die Handynummer des ungarischen Außenministers innerhalb der EU kein Geheimnis gewesen sein dürfte und vielmehr der Minister selbst fahrlässig gehandelt habe, indem er kein abhörsicheres Handy benutzt habe.

Relevant ist jedoch insbesondere die innenpolitische Dimension: Der Skandal entfaltet sich unmittelbar vor der wichtigen Parlamentswahl im April. Der Vorfall fällt in eine ohnehin stark aufgeheizte Wahlkampfphase und wird von beiden politischen Lagern aufgegriffen. Die Regierung spricht von einem Angriff auf die nationale Souveränität und warnt vor externer Einmischung aus Brüssel und Kiew. Gleichzeitig nutzt die Opposition die Vorwürfe rund um mögliche Russlandkontakte, um Zweifel an der außenpolitischen Ausrichtung der Regierung zu säen und Transparenz sowie Aufklärung einzufordern. Der betroffene Investigativjournalist Panyi weist jeden Vorwurf staatlicher Spionage zurück. Er betont, kein Teil irgendeiner Geheimdienstoperation gewesen zu sein und ausschließlich normale journalistische Recherche betrieben zu haben. Er argumentiert, Journalisten würden oft mit sensiblen Informationen und internationalen Kontakten arbeiten, und der Austausch mit Quellen – auch im Ausland – sei im investigativen Journalismus üblich. Er betrachtet die Anschuldigungen vielmehr als politisch motivierten Angriff. Brisant ist jedoch, dass Panyi in einer aufgezeichneten Tonaufnahme die Weitergabe der Telefonnummer bestätigt und sich zudem damit brüstet, dass er mit der Tisza-Partei zusammenarbeite und im Falle eines Wahlsiegs zudem über Einfluss auf Regierungsebenen verfügen würde. Hiermit würde er zu einem politischen Akteur werden und die Ebene des Journalisten verlassen. Die Tisza wies diese Behauptungen zurück, und auch

Panyi ruderte zurück und betonte, dass er sich zur „Erreichung seiner journalistischen Ziele“ für eine „Übertreibung“ entschieden habe. Die Glaubwürdigkeit dieser Äußerungen ist jedoch fraglich.

Die Reaktionen aus den anderen EU-Ländern auf die Vorwürfe ließen nicht lange auf sich warten. Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk erklärte, dass man schon lange eine Weitergabe von Informationen an Russland vermutet habe. Die polnische Regierung sieht sich damit in ihrer bisherigen skeptischen Haltung gegenüber Ungarn bestätigt. Auch Deutschland und Schweden sehen das Verhalten Szijjártós als klaren Vertrauensbruch innerhalb der EU.

### **Ungarn bekräftigt „Nein“ bei dem EU-Hilfskredit für die Ukraine**

Ministerpräsident Viktor Orbán hat sein „Nein“ zu einem milliardenschweren EU-Hilfskredit für die Ukraine bekräftigt und damit eine der größten politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Europäischen Union in diesem Jahr verschärft. Während zahlreiche EU-Staaten die Entscheidung scharf kritisieren, steht Budapest zu diesem Entschluss, da es für Ungarn um mehr als nur ein Geldpaket geht. Im Zentrum des Konflikts steht die Druschba-Pipeline, die russisches Öl über ukrainisches Gebiet nach Ungarn liefert. Für Ungarn ist diese Pipeline von zentraler Bedeutung, da ein erheblicher Teil der Energieversorgung weiterhin von diesem Transportweg abhängt. Seit dem Lieferstopp durch die Ukraine, welcher mit Schäden an der Infrastruktur begründet wird, sieht sich das Land jedoch mit ernsthaften Unsicherheiten konfrontiert. Aus ungarischer Sicht ist besonders problematisch, dass die Ukraine keine ausreichenden Anstrengungen für die schnelle Wiederherstellung der Lieferungen unternommen habe. In Budapest wird zunehmend der Eindruck geäußert, dass Kiew seine strategische Position bewusst nutzt, um politischen Druck auszuüben und Einfluss auf die anstehenden Parlamentswahlen zu nehmen. Verstärkt wurde dieser Eindruck durch die Weigerung der ukrainischen Behörden, Gutachter aus Ungarn oder der Slowakei die vermeintlichen Schäden verifizieren zu lassen, sowie durch die Inaussichtstellung einer Wiederaufnahme der Lieferungen kurz nach den ungarischen Parlamentswahlen. Vor diesem Hintergrund hat Orbán klargestellt, dass Ungarn dem EU-Hilfspaket erst zustimmen könne, wenn die Versorgungssicherheit wieder gewährleistet sei: Die EU könne nicht erwarten, dass ein Mitgliedsland gleichzeitig wirtschaftliche Nachteile hinnehme und finanzielle Unterstützung leiste, ohne dass eigene Probleme ernsthaft adressiert werden.

Die Reaktionen aus Brüssel und Berlin fallen entsprechend kritisch aus. Ungarn wird vorgeworfen, die Einheit der EU zu gefährden und wichtige Hilfe zu blockieren. Teilweise wird sogar mit Konsequenzen gedroht. Dabei geht es unter anderem um die mögliche Einschränkung von EU-Fördermitteln, die ohnehin bereits teilweise eingefroren sind, sowie um eine stärkere politische Isolierung Ungarns innerhalb der Europäischen Union. In Budapest wird diese Kritik jedoch als einseitig zurückgewiesen. Die ungarische Regierung betont, dass die Europäische Union auf dem Prinzip souveräner Mitgliedstaaten beruhe und dass legitime nationale Interessen nicht ignoriert werden dürften. Für Ungarn bleibt zentral: Solidarität kann nicht einseitig eingefordert werden. Wenn die Interessen einzelner Mitgliedstaaten systematisch übergangen werden, droht die Grundlage für eine gemeinsame europäische Politik zu erodieren. Der Streit um den EU-Hilfskredit ist daher nicht nur eine Frage finanzieller Unterstützung, sondern ein grundlegender Konflikt über Fairness, Souveränität und die zukünftige Ausrichtung Europas.

## **CPAC Hungary 2026**

Am 21. März 2026 fand in Budapest erneut die „Conservative Political Action Conference“ (CPAC) statt. Dies ist ein internationales Treffen konservativer Politiker, das sich in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Vernetzungsforum entwickelt hat. Die Veranstaltung wurde, wie bereits in den Vorjahren, vom regierungsnahen Zentrum für Grundrechte organisiert und gilt als europäischer Ableger der ursprünglich aus den USA stammenden CPAC. Ziel ist es, konservative Kräfte international zu verbinden und gemeinsame politische Leitlinien zu formulieren. Die Konferenz brachte führende Vertreter aus Europa, den USA und Lateinamerika zusammen. Zu den zentralen Figuren der Konferenz gehörten neben Gastgeber Viktor Orbán auch mehrere prominente internationale Politiker wie Alice Weidel von der AfD, Herbert Kickl von der FPÖ sowie der argentinische Präsident Javier Milei.

Viktor Orbán nutzte die Bühne, um seine zentrale politische Botschaft zu formulieren und im Rahmen der anstehenden Parlamentswahlen im April seine Ziele für Ungarn und die Einstellung gegenüber der Europäischen Union zu verdeutlichen. Er betonte, dass Ungarn keinen „Brüssel- und ukrainefreundlichen Kurs“ akzeptieren werde und stellte die kommende Wahl als Richtungsentscheidung dar. Er wiederholte, dass sich Ungarn als kleines Land gleichzeitig gegen Druck aus der EU und der Ukraine behaupten müsse, lobte internationale Verbündete und erklärte, dass sich die politische Lage weltweit zugunsten konservativer Kräfte verändern würde. Orbán präsentierte Ungarn dabei als Vorbild für eine Politik, die nationale Interessen über internationale Erwartungen stellt.

Dieser Einschätzung schien die deutsche AfD-Vorsitzende Alice Weidel zu folgen, denn sie bezeichnete Ungarn in ihrer Rede als Modell für Europa. Sie nannte das Land eine Art „Hoffnungsträger“ und pries Orbáns Kurs als Gegenentwurf zum gegenwärtigen Kurs der Europäischen Union. Daher sprach sie ihm ausdrücklich ihre Unterstützung aus. Auch der österreichische FPÖ-Chef Herbert Kickl, dessen politische Position sich insbesondere im Bereich der Migrationskritik stark mit der Orbáns deckt, betonte die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen den rechten Parteien Europas. Gemeinsam wolle man die politische Richtung der EU verändern und den Einfluss nationaler Regierungen stärken.

Besondere Aufmerksamkeit erhielt der argentinische Präsident Javier Milei, der als einer der prominentesten internationalen Gäste galt. Orbán selbst bezeichnete ihn als „Rockstar der rechten Werte“. In seiner Rede stellte Milei die Bedeutung von Freiheit und moralischen Prinzipien in den Mittelpunkt. Er argumentierte, dass politische Entscheidungen in erster Linie an moralischen Grundsätzen ausgerichtet sein sollten und nicht an kurzfristigem politischem Nutzen. Zudem rief er Europa dazu auf, zu seinen historischen Wurzeln zurückzufinden und sich von dem Gefühl der „ständigen Schuld“ zu lösen. Ungarn könne dabei eine führende Rolle spielen, so Milei.

## **Die „Patrioten für Europa“ versammeln sich in Ungarn**

Am 23. März wurde Budapest zum Zentrum der europäischen Nationalkonservativen. Vertreter der EP-Fraktion „Patrioten für Europa“ trafen sich im Anschluss an die CPAC zur ersten großen gemeinsamen Versammlung – der sogenannten „Patriots’ Grand Assembly“. Ziel des Treffens war es, politische Geschlossenheit zu demonstrieren und gemeinsame Strategien für Europa zu formulieren. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen zentrale politische Leitlinien der Bewegung: Stärkung der nationalen Souveränität statt fortlaufender EU-Integration,

Ablehnung weiterer militärischer Unterstützung für die Ukraine, Ablehnung der illegalen Migration sowie die Förderung traditioneller Werte. Die Versammlung diente als ein deutliches Zeichen wachsender politischer Zusammenarbeit und wohl auch der Unterstützung für Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán im Vorfeld der ungarischen Parlamentswahlen.

Inhaltlich stand besonders die Zukunft der Europäischen Union im Zentrum der Veranstaltung. Die teilnehmenden Politiker kritisierten wiederholt die aus ihrer Sicht zunehmende Zentralisierung von Entscheidungen in Brüssel. Sie argumentierten, dass nationale Regierungen zu viel Kontrolle an EU-Institutionen abgegeben hätten, und forderten eine grundlegende Neuausrichtung: Die Europäische Union solle sich wieder stärker als Zusammenschluss souveräner Staaten verstehen, in dem die Mitgliedsländer die entscheidende politische Autorität behalten. Besonders häufig fiel in diesem Zusammenhang der Begriff eines „Europa der Vaterländer“, der als Gegenmodell zu einer vertieften Integration präsentiert wurde. Ein weiterer zentraler Themenblock war die Migrationspolitik. Mehrere Redner warnten vor anhaltender irregulärer Migration und forderten strengere Grenzkontrollen sowie eine konsequentere Abschiebungspolitik. Migration wurde dabei nicht nur als sicherheitspolitische, sondern auch als kulturelle Herausforderung dargestellt. Auch der Krieg in der Ukraine spielte eine wichtige Rolle. Mehrere Teilnehmer äußerten sich kritisch gegenüber weiteren finanziellen oder militärischen Unterstützungsmaßnahmen durch die Europäische Union – eine Position, die Ungarn schon seit Längerem vertritt.

Die politische Bedeutung der Veranstaltung lag zu großem Teil auch in ihrer Signalwirkung. Vertreter von mehr als einem Dutzend Parteien waren nach Budapest gereist, um ihre Unterstützung zu demonstrieren. Neben dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán nahmen führende Vertreter rechter Parteien aus zahlreichen europäischen Ländern teil. Marine Le Pen aus Frankreich, Geert Wilders aus den Niederlanden, Matteo Salvini aus Italien und Santiago Abascal aus Spanien gehörten zu den prominentesten Rednern. Ihre gemeinsame Präsenz verdeutlichte, dass es sich nicht mehr um isolierte nationale Bewegungen handelt, sondern um ein zunehmend koordiniertes politisches Netzwerk auf europäischer Ebene.

In seiner zentralen Rede setzte Viktor Orbán den Ton der gesamten Versammlung. Er sprach davon, dass die aktuelle Struktur der Europäischen Union verändert werden müsse, und formulierte das Ziel, „Brüssel zu übernehmen und zu transformieren“. Dabei betonte er, dass nicht ein Austritt aus der EU angestrebt werde, sondern vielmehr eine grundlegende politische Umgestaltung von innen heraus. Orbán stellte Ungarn als Beispiel für eine Politik dar, die nationale Interessen konsequent verteidigt, und rief andere Länder dazu auf, einen ähnlichen Kurs einzuschlagen. Marine Le Pen griff diese Argumentation auf und bezeichnete Ungarn als Modell für nationale Selbstbestimmung innerhalb Europas. Sie stellte Orbán als Symbol für politischen Widerstand gegen eine aus ihrer Sicht übergriffige EU dar. Geert Wilders wiederum hob hervor, dass Ungarn gezeigt habe, wie ein Staat seine politischen Positionen auch gegen Widerstände durchsetzen könne. Matteo Salvini und Santiago Abascal betonten ebenfalls die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen gleichgesinnten Parteien, um auf europäischer Ebene mehr Einfluss zu gewinnen.

## Neues aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

### *Ungarn verbindet Gasnetz mit Slowenien*

Ein besonders bedeutender Schritt wurde im Bereich der Energieversorgung vollzogen: Ungarn verbindet sein Gasnetz nun auch mit Slowenien und verfügt damit künftig über Pipelineverbindungen zu allen Nachbarländern. Dieses Projekt ist Teil einer langfristigen Strategie zur Stärkung der Versorgungssicherheit. Bereits zuvor hatte Ungarn seine Energieinfrastruktur schrittweise von russischem Gas diversifiziert, nun wird mit der Anbindung an Slowenien eine letzte Lücke geschlossen. Die neue Verbindung ermöglicht nicht nur den Transport von Gas in beide Richtungen, sondern eröffnet auch Zugang zu weiteren internationalen Märkten, insbesondere zum italienischen Gasmarkt und zu zusätzlichen Flüssiggasquellen. Gleichzeitig wird das Projekt auch politisch eingeordnet: Die ungarische Regierung betont regelmäßig ihr Recht, eigenständig über ihren Energiemix zu entscheiden und stellt sich damit gegen aus ihrer Sicht zu starken Vorgaben auf EU-Ebene.

### *Bauliches Erbe: Hauszmann-Programm, Zitadelle und Heldenplatz*

Parallel zu diesen energiepolitischen Entwicklungen prägen auch städtebauliche Großprojekte das Bild des Landes, insbesondere in der Hauptstadt. Ein zentrales Element ist dabei die umfassende Restaurierung historischer Bauwerke im Burgviertel. Das sogenannte „Nationale Hauszmann-Programm“ wurde 2014 von der zweiten Orbán Regierung als langfristig angelegtes, staatliches Projekt zur Wiederherstellung und Aufwertung des Budapester Burgviertels gestartet. Dieses Programm sieht die Rekonstruktion und Renovierung zahlreicher historischer Gebäude vor, die im Zweiten Weltkrieg beschädigt oder später vernachlässigt wurden. Dazu gehören unter anderem Paläste, öffentliche Gebäude, Gärten und kulturelle Einrichtungen. Ziel ist es, das Burgviertel nicht nur als touristische Attraktion, sondern auch als lebendigen Teil der Stadt zurückzugewinnen. So wurde die Zitadelle auf dem Gellértberg – eines der bekanntesten Wahrzeichen der Stadt – nach umfangreichen Renovierungsarbeiten Ende März wieder für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Ziel der Restaurierung war es nicht nur, das Bauwerk baulich zu erneuern, sondern es auch als modernen, zugänglichen öffentlichen Raum neu zu gestalten. Neben Großbauprojekten zahlen dazu auch kleine Elemente des kulturellen Stadtbildes. Die Rückkehr des „Schutzengels“ – eine Statue des Erzengels Gabriel – auf das Millenniumsdenkmal am Heldenplatz soll noch dieses Jahr stattfinden, nachdem sie 2024 auf Grund des kritischen Zustands vom Sockel entfernt wurde.

## Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

### *Praktikumsausschreibung*

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab sofort **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie [hier](#).

### *Ausschreibung für ein (Junior) Visiting Fellowship*

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab sofort **neue Stipendien als Junior Visiting Fellow** an interessierte **junge Wissenschaftler bis 35 Jahre aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir eine mehrmonatige Fellowship in einem internationalen Arbeitsumfeld mit **geisteswissenschaftlichem Fachbezug** und deutschsprachigem Team, inkl. An- und Abreise, Krankenversicherung, monatlichem Stipendium, Arbeitsplatz, Reisemöglichkeiten und Teilnahme an Veranstaltungen und internationalen Konferenzen, uvm. Dabei legen wir Wert auf einen professionellen und familienfreundlichen Ansatz. Genaue Details zur Stipendiums Ausschreibung finden Sie [hier](#).

### *Vergangene Veranstaltungen*

Am **3. März 2026** veranstalteten das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit (DUI) am Mathias Corvinus Collegium und die Deutsch-Ungarische Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (DUG) im Rahmen der Veranstaltungsreihe „**Deutschland und Ungarn im Gespräch**“ einen gemeinsamen Online-Vortrag samt anschließender Podiumsdiskussion mit dem Titel: „**Vor der Entscheidung: Ungarn in der heißen Phase des Wahlkampfes**“. **Dr. Gerhard Papke**, der Präsident der DUG, eröffnete die Veranstaltung und von **Dr. Antonia Baraniuk**, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Technischen Universität Chemnitz und Visiting Fellow am DUI, moderiert. Den gesamten Veranstaltungsbericht finden Sie [hier](#).

Am **4. März 2026** fand im Scruton Café in Budapest eine Veranstaltung samt Podiumsdiskussion mit **Roland Schatz**, Herausgeber des Freiheitsindex und international anerkannter Medienanalytist, statt. Die Veranstaltung, an der rund 40 Personen teilnahmen, wurde von **Dr. Bence Bauer**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, eröffnet und von **Dr. Antonia Baraniuk**, Visiting Fellow am Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit, moderiert. Den gesamten Veranstaltungsbericht finden Sie [hier](#).

Am **8. März 2026** veranstaltete das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit anlässlich der **Landtagswahlen in Baden-Württemberg** einen **Wahlabend** organisiert, an dem mehr als 70 Gäste teilnahmen. Die Besonderheit der Wahl bestand zum einen darin, dass 2026 als „Superwahljahr“ in Deutschland gilt, da fünf Landtagswahlen und in drei Bundesländern Kommunalwahlen stattfinden. Den gesamten Veranstaltungsbericht können Sie unter folgendem [Link](#) abrufen.

Am **10. März 2026** hielt **Dr. Antonia Baraniuk**, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Geschichte der Technischen Universität Chemnitz, im MCC-Ausbildungszentrum in

Subotica einen Vortrag mit dem Titel „**Otto von Habsburg: Zwischen Deutschland, Österreich, Ungarn und Europa**“. Die Diskussion im Anschluss an den Vortrag wurde von Dr. Bence Bauer, dem Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, moderiert. Den Bericht zur Veranstaltung erreichen Sie unter dem folgenden [Link](#).

Am **11. und 13. März 2026** hielt **Dr. Bence Bauer**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, in Bóly und Veszprém einen Vortrag mit dem Titel „**Mythos und Realität – deutsch-ungarische Wechselwirkungen**“. Er wies unter anderem darauf hin, dass sich das frühere „Vorzeigeland“ Deutschland in der letzten Zeit stark verändert habe. Es lohne sich, das Eisenbahnnetz der beiden Länder, die Qualität der Internetversorgung, das Tempo der Infrastrukturentwicklung, die Bekämpfung des Drogenmissbrauchs, aber auch die Meinungsfreiheit zu vergleichen. In jedem Fall befindet sich Ungarn in einer besseren Lage – sagte Bauer in seinem Vortrag. Die vollständigen Berichte erreichen Sie [hier](#) und [hier](#).

Am **16. März 2026** hielt **Dr. Bence Bauer**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, im MCC-Ausbildungszentrum in Győr vor rund 30 Interessierten einen Vortrag mit dem Titel „**Es ist doch nicht gelungen – Die bis heute andauernden Auswirkungen der deutschen Migrationskrise**“. Der Titel bezieht sich auf Angela Merkels während der Flüchtlingskrise 2015 berühmte gewordenen Satz „Wir schaffen das“: Der Vortrag versucht, die langfristigen Auswirkungen der damaligen politischen Entscheidungen im Lichte der Ereignisse und Entwicklungen der letzten elf Jahre zu analysieren. Den Bericht zur Veranstaltung erreichen Sie unter dem folgenden [Link](#).

Am **18. März 2026** fand am MCC-Bildungszentrum in Debrecen ein Vortrag von **Dr. Antonia Baraniuk**, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Lehrstuhls für Geschichte an der Technischen Universität Chemnitz und Visiting Fellow des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, statt. Der Vortrag befasste sich mit der historischen Entwicklung, der kulturellen Bedeutung sowie der aktuellen politischen Rolle Mitteleuropas. Ausgangspunkt war ein Zitat von Jean Monnet, der betonte, dass europäische Integration stärker auf kulturellen Grundlagen beruhen müsse. Den Veranstaltungsbericht finden Sie unter dem folgenden [Link](#).

Am **19. März 2026** fand im MCC Szeged die Veranstaltung „**Der Kalte Krieg – Wettrüsten auf deutschem Boden**“ statt. Den Vortrag hielt **Dr. Antonia Baraniuk**, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Lehrstuhls für Geschichte an der Technischen Universität Chemnitz und Visiting Fellow am Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit. Der Vortrag thematisierte die besondere Rolle Deutschlands als zentraler Schauplatz des Ost-West-Konflikts zwischen 1945 und 1989. Den Veranstaltungsbericht erreichen Sie auf der Webseite des Instituts unter dem folgenden [Link](#).

Zwischen dem **20. und 22. März 2026** fand in Győr die Frühlingsakademie des MCC-Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit unter dem Titel „**Deutsches Interesse = europäisches Interesse?**“ statt. Ziel des dreitägigen Fachprogramms war es, den teilnehmenden Studierenden ein umfassendes Bild von der Rolle Deutschlands in Europa sowie von den aktuellen Herausforderungen der europäischen Zusammenarbeit zu vermitteln. Am Programm wirkten diesmal auch zwei Gastdozenten mit: **Dr. Antonia Baraniuk**, promovierte Historikerin der Technischen Universität Chemnitz, sowie **Dr. Lasse B. Lassen**, Dozent für Neuere Geschichte an der Universität Würzburg. Darüber hinaus bereicherten **Richárd Schenk**, Forschungsanalyst des Brüsseler Büros des MCC, sowie die Mitarbeiter des Instituts

– **Péter Dobrowiecki**, Forschungsleiter, **Tamás Fonay**, Projektleiter, und **Petra Szalontai**, Projektkoordinatorin – das fachliche Programm. Den Veranstaltungsbericht erreichen Sie auf der Webseite des Instituts unter dem folgenden [Link](#).

Am **25. März 2026** hielt **Dr. Florian Simon**, Geschäftsführer einer der renommiertesten deutschen Wissenschaftsverlage, Dunker & Humblot, einen Vortrag mit dem Titel „**Vom Manuskript zum Diskurs – Wie wissenschaftliche Buchverlage das öffentliche Denken prägen**“. Die Veranstaltung wurde vom Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit organisiert und fand im Budapester Zentrum des MCC's statt. Das anschließende Gespräch wurde von **Dr. Frank-Lothar Kroll**, Professor für europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Technischen Universität Chemnitz, moderiert. Den Veranstaltungsbericht erreichen Sie auf der Webseite des Instituts unter dem folgenden [Link](#).

#### *Bevorstehende Veranstaltungen*

Am **20. April 2026 um 19.00 Uhr** organisiert das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit ein schwäbisches Tanzhaus im Hunyadi Mátyás Saal des Mathias Corvinus Collegiums. Wenn Sie schon immer mehr über die in Ungarn lebenden Ungarndeutschen und die schwäbische Kultur wissen wollten oder einfach nur in guter Gesellschaft, mit Live-Musik und schwäbischen Volkstänzen einen Abend verbringen möchten, sind Sie hier genau richtig! Den Link zur Registration finden Sie [hier](#).

#### *Veröffentlichungen*

**Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, veröffentlichte auch im Februar Artikel in seiner wöchentlichen Kolumne bei Exxpress. In seinem Artikel „**Wo ist das Geld?**“ vom **6. März** erläutert Bauer dass die Vorwürfe, staatliche Gelder seien verschwunden, nicht mit den positiven wirtschaftlichen Entwicklungen Ungarns übereinstimmen und in was es geflossen ist. Den Artikel können Sie [hier](#) lesen. In seinem zweiten Artikel „**Ukraine bedroht Orbán**“ vom **13. März** beschreibt Bauer, wie ukrainische Vertreter Orbán und Ungarn im stärker und offen kritisieren und teils scharf persönlich angreifen, um Druck in Bezug auf Unterstützung im Krieg auszuüben. Unter diesem [Link](#) können Sie weiterlesen. In seinem dritten Artikel mit dem Titel „**Ungarn – Was sagen die Zahlen?**“, der am **20. März** erschien, stellt Bauer dar, dass neben Umfragen auch andere Kennzahlen wie Mobilisierung und öffentliche Unterstützung darauf hindeuten können, dass die Regierung in Ungarn weiterhin vergleichsweise stark positioniert ist. Den Artikel finden Sie [hier](#). In seinem jüngsten Beitrag „**Orban's Netzwerk**“ vom **27. März** berichtet Bauer, dass Viktor Orbán entgegen der Darstellung als isolierter Politiker über ein breites internationales Netzwerk von Unterstützern verfügt, das von europäischen Oppositionspolitikern bis hin zu amtierenden Staats- und Regierungschefs weltweit reicht. Den gesamten Artikel können sie [hier](#) lesen.

In einem Interview mit „The European Conservative“ als Teil der Reihe “Europe Unmasked” mit dem Titel „**You don't see it in the media, but in Germany the majority is on the right**“ vom **6. März** beschreibt Bauer dass viele Positionen Ungarns – insbesondere in Migrations- und Gesellschaftsfragen – in Deutschland und Europa stärker geteilt würden, als es die mediale Darstellung vermuten lässt. Das englischsprachige Interview finden Sie unter diesem [Link](#).

Auch in „Die Weltwoche“ erschien am **8. März** ein Artikel von Bence Bauer mit dem Titel **„Selenskyj droht Orbán mit Soldaten: Der Ukraine-Präsident zeigt sein wahres Gesicht, Ungarn ist fassungslos“**. In diesem beschreibt er die mittlerweile persönlichen Drohungen auf europäischer politischer Ebene und dass Ungarn trotz dieses Drucks an seiner eigenständigen politischen Linie festhält und sich nicht zu Zugeständnissen zwingen lassen will. [Hier](#) können Sie darüber lesen.

Auch bei Kontrafunk war Bence Bauer am **10. März** teil einer Diskussion. Hier klärt er über die Hintergründe der offenen Gewaltdrohungen an Orbán auf. Die Folge können Sie [hier](#) hören.

Auch am **15. März** begrüßt man ihn dort wieder, diesmal unter dem Thema **„Entgeht Ungarn dem Untergang?“** wo über die politische Situation in diesem von Viktor Orbán regierten Hoffungsland für christlich-konservativ orientierte Europäer und speziell über den aktuellen Wahlkampf und dessen Besonderheiten diskutiert wurde. Die Folge können Sie [hier](#) hören.

In seinem Artikel in der Berliner Zeitung mit dem Titel **„Konflikt um die Pipeline: Ungarn wird bei Druschba nicht kuschen“** vom **15. März** erklärt Bauer, dass Budapest, anders als Berlin bei Nord Stream, eine EU-Untersuchung der Druschba-Schäden verlangt. Bis dahin werden milliarden-Hilfen blockiert. Den gesamten Artikel finden Sie [hier](#).

---

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Tristan Csaplár, Eszter Grifátong

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: [mni@mcc.hu](mailto:mni@mcc.hu)